

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 26.06.2018 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:45

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Harald Giebels
Stv. Udo Greeff
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Rainer Wetterau

ab TOP 1 - 17:20 Uhr

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Eichler

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm

Stv. Meike Lukat

stimmberechtigte Vertretung für Stv.
Schniewind

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

Beigeordneter Engin Alparslan
StOVR Doris Abel
StVR Torsten Rekindt
StVD Michael Rennert
StOVR Gerhard Titzer
VA Theresa Floer
VA Olaf Tödte

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Nicole Krengel

Gäste

AM Nicola Günther
Stv. Ulrich Klaus
Stv. Peter Schniewind

Stv. Schniewind war als Gast anwesend
und wurde durch Stv. Kamm (WLH) ver-
treten

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf das Schreiben der Evangelischen Kirchengemeinde Haan (TOP 7) und erläutert, dieses im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beraten, da hier vertragliche Belange zu berücksichtigen seien.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Weiterhin verweist sie auf TOP 8 (Antrag der GAL-Fraktion) sowie TOP 9 (Antrag der FDP-Fraktion), deren Sachverhalt (Grundschule Gruiten) bereits im Ausschuss für Bau, Vergabe, Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (BVFOA) beraten und beschlossen worden sei. Gem. der Zuständigkeitsordnung der Stadt Haan sei eine Beschlussfassung durch den Haupt- und Finanzausschuss nicht mehr notwendig. Sie schlägt daher vor, beide von der Tagesordnung zu nehmen.

Stv. Ruppert entgegnet, dass sich die Voraussetzungen des Sachverhaltes geändert hätten. Daher widerspreche die FDP-Fraktion der Streichung ihres Antrages von der Tagesordnung.

Stv. Rehm erklärt Selbiges für den Antrag der GAL-Fraktion. Er fügt hinzu, dass die Zuständigkeitsordnung der GAL-Fraktion bekannt, der Antrag jedoch bewusst auch für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat gestellt worden sei, da die Fraktion in ihrem Antrag hier eine Ergänzung der Variante 4 und keine neue Variante sehe. Der Beschluss des BVFOA müsse daher durch den HFA und Rat bestätigt werden.

Es besteht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern, dass beide Anträge bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückgestellt werden.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist des Weiteren auf TOP 10 (Antrag der WLH-Fraktion) und darauf, dass dieser in der Sondersitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (BKSA) am 20.06.2018 zurückgezogen wurde.

Stv. Lukat verneint dies und erläutert, dass über den Antrag der WLH-Fraktion zur Haftmittelnutzung in der BKSA-Sitzung am 30.05.2018 bereits abgestimmt worden sei. Der Antrag wurde irrtümlich auf die Tagesordnung des BKSA am 20.06.2018 genommen und aufgrund der bereits erfolgten Abstimmung hierzu von der Tagesordnung genommen. Sie bestehe weiterhin auf Beratung und Beschlussfassung des WLH-Antrages in der heutigen Sitzung.

Bgm'in Dr. Warnecke gibt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

2 Ja / 14 Nein / 2 Enthaltungen

Der Antrag der WLH-Fraktion (TOP 10) wurde daraufhin von der Tagesordnung genommen.

Abschließend schlägt **Bgm'in Dr. Warnecke** vor, die Tagesordnungspunkte 19 und 20 nach TOP 3 zu beraten.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Weiterhin liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Bürgerantrag der Jungen Union Haan v. 07.04.18
hier: Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden
Vorlage: 10/159/2018**
-

Protokoll:

Stv. Rehm führt aus, dass die im Antrag genannten Photovoltaikanlagen nur ein Beispiel von vielen seien. Es gehe im Antrag auch um eine Strategie zur Nachhaltigkeit. Diese sei jedoch sehr weitgreifend und bedarf einer gründlichen Vorarbeit und Beratung, weshalb sich diese nicht in kurzer Zeit realisieren lasse. Da diese Strategie jedoch aus vielen einzelnen und verschiedenen Bausteinen bestehe, welche alle Bereiche der Verwaltung betreffe, müsse dieses Thema entsprechend auch in allen Ausschüssen besprochen werden.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf den Bürgerantrag der Jungen Union Haan vom 07.04.2018 und erläutert, dass die Verwaltung sich vorerst an den Antrag halte und an das, was dort konkret gefordert wurde. Daher bezog sich der Vorschlag der Verwaltung bisher nur auf den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Tourismus und Kultur (WLSTA), da das Thema der Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden ein Liegenschaftsthema sei.

Stv. Stracke stimmt einer Beratung im WLSTA zu. Er empfiehlt jedoch, das Thema in der dortigen Beratung zu erweitern, da dies ein großes Feld der Verwaltung betreffe.

Stv. Giebels stimmt seinen Vorrednern zu und betrachtet den Antrag und die Beratung im WLSTA als Einstieg in diese Querschnittsaufgabe und Beratung in weiteren Ausschüssen.

Stv. Lukat verweist auf die Mail der WLH vom 26.06.2018. Sie wundere sich darüber, dass es hier erneut zu einem entsprechenden Beschluss bezüglich der Nachhaltigkeit gehen solle, da dies aus ihrer Sicht ja bereits 2015 beschlossen wurde. Sie verweist dazu auf die Sitzung vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) vom 25.08.2015, in der beschlossen wurde, dass eine Arbeitsgruppe sowie ein regelmäßiges Berichtswesen eingerichtet werden sollte. Daher sei der Antrag der Jungen Union abzulehnen, da er keine neuen Gesichtspunkte zu bereits bekannten und beschlossenen Sachverhalten liefere.

Weiterhin sehe die WLH-Fraktion ein rechtliches Problem, da im Antrag gefordert werde, die Überschüsse der Stadt für die Finanzierung solcher Maßnahmen einzusetzen. Diese müssten jedoch verpflichtend zur Schuldentilgung genutzt werden.

Stv. Giebels führt hierzu aus, dass der Zweck des Antrages mehr als nur den Beratungsstand von 2015 beinhalte. Aus diesem Grund komme eine Ablehnung gem. der Geschäftsordnung nicht in Betracht.

Stv. Drennhaus bekräftigt, dass vor allem der zweite Teil des Antrages viel weitgreifender, als nur die Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden sei. Er halte daher eine weitergehende Beratung, nicht nur im WLSTA, sondern auch im SUVA für sinnvoll.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgerantrag der Jungen Union Haan (siehe Anlage 1) wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Stadtmarketing und Tourismus (WLSTA)** verwiesen.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, bezüglich der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages des Antrages der Jungen Union Haan zu prüfen, ob eine zusätzliche Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr notwendig ist.

Inzwischen hat die Verwaltung geprüft und kommt zu dem Ergebnis, dass hinsichtlich einer allgemeinen, über städtische Liegenschaften hinausgehende Nachhaltigkeitsstrategie, der SUVA ein geeignetes Gremium sei.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

2./ Bestellung einer/eines stellvertretenden Schriftführerin/Schriftführers
Vorlage: 10/156/2018

Beschluss:

Als 1. stellvertretende Schriftführerin für die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan wird Frau Theresa Floer bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3./ Wasserversorgungskonzept nach § 38 Abs. 3 Landeswassergesetz NRW
Vorlage: WTK/031/2018

Protokoll:

Stv. Rehm bittet darum, das Konzept formal besser zu gestalten. Ein Inhaltsverzeichnis sowie Quellenangaben würden hier fehlen. Insgesamt solle das Konzept auch textlicher gestaltet werden, um es so dem Rat einfacher zu machen, das Konzept in Gänze, schnell und einfach zu verstehen. Dies sei in der derzeitigen Fassung nicht der Fall.

Beschlussvorschlag:

Das Wasserversorgungskonzept (Anlage zur Vorlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

19./ **Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransportdienst der Stadt Haan**
Vorlage: 32-2/061/2018

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt, dass die Verwaltung die vorgelegte Gebührensatzung noch nicht als entscheidungsreif ansehe, da bisher noch keine Einigung mit den Krankenkassen erzielt werden konnte und die Gespräche daher noch weiter andauern.

Stv. Giebels bittet die Verwaltung um Darstellung des entstandenen Schadens aufgrund der vorherigen, nicht kostendeckenden Höhe der Gebühren.

StVD Rennert erläutert, dass faktisch kein Schaden für den Zeitraum ab 2013 entstanden sei, da dies rechtmäßig in die Gebühr mit einberechnet worden sei.

Stv. Ruppert fragt sich, ob bei einem Rückgang der Transporte nicht auch die Kapazitäten zurückgefahren werden müssten. Dies sei ja derzeitig der Fall.

StVD Rennert erklärt hierzu, dass der Rückgang der Fahrten bereits zur Verabschiedung des Rettungsdienstbedarfsplanes zu erwarten gewesen sei. Die Vorhaltezeiten seien aufgrund des Gutachters so angesetzt worden. Wenn jedoch die Verwaltung feststelle, dass effektiv weniger Fahrten anfallen, so müsse sie natürlich die Vorhaltezeiten zurückfahren.

Beschluss:

Die Verwaltung sieht die vorgelegte Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransportdienst der Stadt Haan als noch nicht beschlussfähig an, da wichtige Aspekte noch zu klären sind.

Die Gebührensatzung wird nach Klärung aller noch offenen Fragen in die nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates am 11.10.18 bzw. am 30.11.18 erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**20./ Wahl der Haupt- und Hilfsschöffinnen/-schöffen für die Schöffengerichte und Strafkammern (einschl. Schwurgericht - ohne Jugendstrafkammern) des Landesgerichtsbezirkes Wuppertal für die Amtszeit vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2023
Vorlage: 32-2/062/2018**

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage 1 – im nichtöffentlichen Teil – beigefügte Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffinnen /-schöffen der Schöffengerichte und Strafkammern des Landesgerichtsbezirkes Wuppertal für die Amtszeit vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**4./ Projekt Neubau Gymnasium
Auswirkungen von G9
Vorlage: 40/014/2018**

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert, dass eine hundertprozentige Refinanzierung durch das Land NRW nicht zu erwarten sei. Sie möchte daher wissen, welche Auswirkungen dies auf den Haushalt habe.

Stv. Elker verweist darauf, dass zu den Beratungen für den Haushalt 2018 angekündigt wurde, dass der Finanzausgleich spätestens zum Jahr 2020 erreicht werde. Er möchte daher ergänzend wissen, ob durch die zusätzlichen Belastungen dieser in Gefahr sei.

StOVR Abel erklärt hierzu, dass die Verwaltung ohnehin nicht mit einer hundertprozentigen Refinanzierung seitens des Landes gerechnet habe. Die zusätzliche Belastung für den Ergebnishaushalt (Abschreibungen, Zinsen etc.) beliefen sich auf ca. 92.000,-€. Bezüglich des Finanzausgleiches könne die Verwaltung leider noch keine Aussage treffen.

Stv. Giebels warnt davor, zu sehr vorzugreifen und so wohlmöglich aus noch kommenden Förderprogrammen zum Um- und Ausbau für G9 herauszufallen.

Techn. Bgo. Alparslan führt hierzu aus, dass dabei jedoch der Baufortschritt nicht aus den Augen verloren werden dürfe. Bis zu einem eventuellen Ministerentscheid bezüglich des Themas G8 / G9 zu warten halte er aus bautechnischer Sicht für falsch.

Stv. Ruppert verweist darauf, dass der Beschlussvorschlag „...unter Berücksichtigung der Refinanzierung...“ laute. Dies implementiere in keinem Fall, dass eine teilweise oder gar komplette Refinanzierung die Voraussetzung für das Vorhaben sei. Die Chance, die Erweiterung direkt beim Neubau vorzunehmen, müsse in jedem Fall genutzt werden, auch wenn dies weitere finanzielle Auswirkungen habe.

Beschlussvorschlag:

Einer Erweiterung des Neubaus am Gymnasium, resultierend aus der Rückkehr zu G9, wird auf Basis der vorgelegten und als Anlage beigefügten Raumanalyse zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt. Die erforderlichen Finanzressourcen sind unter Berücksichtigung der Refinanzierung durch das Land bereit zu stellen, in den **Haushalt 2019/2020 einzuplanen und in 2018 als überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bereitzustellen.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

5./ Offene Ganztagschule an der Don-Bosco-Schule

a) Kooperationsvereinbarung

b) Nachtrag Stellenplan 2018/Einrichtung einer neuen Teilzeitstelle für die OGS Don-Bosco

Vorlage: 40/013/2018

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der städtischen Trägerschaft an der Offenen Ganztagschule (OGS) der Katholischen Grundschule Don-Bosco eine Kooperationsvereinbarung entsprechend Anlage 1 zu dieser Vorlage abzuschließen.
- 2) Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung einer Teilzeitstelle 29 Std. EG S4 ab 01.08.2018 in Amt 40 – OGS Don-Bosco zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

6./ Ausstattung des Haaner Gymnasiums mit Interaktiven Tafeln **Vorlage: 40/012/2018**

Protokoll:

Stv. Giebels verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (BKSA) am 30.05.2018 und den dort eingebrachten Antrag der CDU-Fraktion. Dieser wurde in der Sitzung des BKSA seitens der Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt. Zu dem Antrag führt er aus, dass die interaktiven Tafeln, welche seitens der Verwaltung vorgeschlagen werden, aus Sicht der CDU-Fraktion, bereits jetzt veraltet seien. Es gehe darum, das Haaner Gymnasium mit gutem und zukunftssicherem Material auszustatten, weshalb die CDU-Fraktion beantrage, andere interaktive Tafeln mit integrierter Touch-Screen-Funktion zu beschaffen, da diese auf dem neuesten Stand der Technik seien und dies aus Sicht der CDU-Fraktion einen erheblichen Mehrwert bezüglich der Lebens- und Anwendungsdauer darstelle.

Stv. Lukat führt zum Antrag der CDU aus, dass die Realschule bereits mit zwei solcher Tafeln ausgestattet sei. Diese seien bereits vor einem Jahr zu Testzwecken angeschafft worden. Die Bewertung dieser Tafeln der Schülerinnen und Schüler sowie den Lehrkräften fielen jedoch sehr negativ aus, da die Tafeln sehr störungsanfällig und für den alltäglichen Schulbetrieb so nicht verwendbar seien.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine interaktive Tafelanlage mit Touch-Screen-Funktion in einem Testbetrieb auszuprobieren und einen möglichen Mehrwert hinsichtlich der Lebensdauer und dem Energieverbrauch darzulegen. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird bis zur Vorlage der Ergebnisse zurückgestellt

Abstimmungsergebnis BV der CDU-Fraktion:

mehrheitlich abgelehnt
8 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag gem. Vorlage:

Die Klassen- und Fachräume des Haaner Gymnasiums werden mit interaktiven Tafeln analog zu der aktuellen Ausstattung an den Haaner Schulen ausgestattet.

Abstimmungsergebnis BV gem. Vorlage:

mehrheitlich angenommen
10 Ja / 1 Nein / 7 Enthaltungen

7./ Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Haan v. 14.06.2018 (Einbringung)

Beschluss:

Das Schreiben der Ev. Kirchengemeinde Haan vom 14.06.2018 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**8./ Antrag der GAL-Fraktion v. 29.05.2018
hier: Erweiterung der Variante 4 GGS Gruiten**

Beschluss:

Die GAL-Fraktion sieht in ihrem Antrag eine Ergänzung zur Variante 4, weshalb der Ausschuss für Bau, Vergabe, Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (BVFOA) hierüber noch nicht endgültig beschließen kann. Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

**9./ Antrag der FDP-Fraktion v. 30.05.18
hier: PCB-Belastung GGS Gruiten**

Beschluss:

Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

10./ Antrag der WLH-Fraktion vom 20.02.18
hier: Haftmittelnutzung - Vereinen Planungssicherheit geben

Beschluss:

Der Antrag der WLH-Fraktion wurde gem. der mehrheitlichen Abstimmung der Ausschussmitglieder von der Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt (Beratung)
2 Ja / 14 Nein / 2 Enthaltungen

11./ Mindeststandards in Städtische Wohnunterkünfte Ergänzungsvorlage
Vorlage: 50/011/2018

Protokoll:

Stv. Ruppert frage sich, weshalb in Haan die Mindeststandards um bis zu 50% höher liegen müssten, als in manchen anderen Städten. Auch im Bundesvergleich wäre der Mindeststandard nach Variante c relativ hoch.

Stv. Stracke erläutert zur Beratung im Sozial- und Integrationsausschuss (SIA), dass die Diskussion hier nicht nur nach finanziellen, sondern auch nach fachlichen Gesichtspunkten geführt worden sei. Die Mindeststandards würden sich dem durchschnittlichen Lebensstandard in Haan anpassen. Es gehe hier auch darum, die Personen unter menschenwürdigen Gesichtspunkten unterzubringen.

Stv. Lukat weist darauf hin, dass auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten und nicht nur die reinen Baukosten für den entsprechenden Beschluss betrachtet werden müssten.

Stv. Sack stimmt der Aussage zu. Er verweist darauf, dass die Verwaltung gebeten hatte, eine Diskussion bezüglich der Standards zu führen. Dies habe der SIA nun getan. Jetzt ginge es jedoch um die Finanzierung dieser Standards, weshalb diese wieder in Frage gestellt würden, was zu einer erneuten, unnötigen Diskussion über diese Standards zur Folge habe. Er plädiert daher dafür, den Beschluss des SIA als Empfehlung an den Rat zu bestätigen.

Stv. Rehm ergänzt hierzu, dass der Standard der Variante c immer noch unter dem läge, was einer Einzelperson mit Wohnberechtigungsschein zustehe.

Stv. Giebels verweist darauf, dass nicht nur die Sicht des SIA, sondern auch die des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) in der Diskussion mitbetrachtet werden müsse. Die Bauträger würden bei ihren Bauvorhaben bundesweit ebenfalls mit einem Standard von durchschnittlich 10 m² großen Kinderzimmern rechnen. Diese Größe könne demnach doch nicht menschenunwürdig sein. Weiterhin müsse sich zudem ja auch die Frage gestellt werden, wo denn dann in Haan entsprechend gebaut werden könne.

Stv. Stracke entgegnet, dass sowohl der SIA, als auch der SUVA den Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt habe, es seien also beide Sichtweisen bei der Beschlussempfehlung aus der gemeinsamen Sitzung des SIA und des SUVA berücksichtigt worden.

Stv. Lukat führt aus, dass es durchaus falsch verstanden werden und zu Problemen führen könne, wenn hier ein Mindeststandard von 10m² für Einzelpersonen herangezogen werden würde, während für Flüchtlinge die einzeln untergebracht seien, eine Mindestgröße von 15m² vorgesehen sei.

Die CDU-Ratsfraktion beantragt einen Ergänzungsbeschluss zu den Verwaltungsvorlagen 50/011/2018 und 50/006/2018, der als weitergehender Beschluss zunächst zur Abstimmung gestellt wird.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Im Rahmen der räumlichen Gegebenheiten sind alleinstehende Personen räumlich getrennt, auch an anderen Standorten, von den anderen Personengruppen unterzubringen.

Abstimmungsergebnis BV der CDU-Fraktion:

mehrheitlich abgelehnt
7 Ja / 9 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss gem. Vorlage (Variante c):

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem HFA und dem Rat der Stadt Haan die in den Vorlagen 560/011/2018 und 50/006/2018 vom Caritasverband empfohlenen Mindeststandards mit der Maßgabe festzusetzen, dass für Familien bzw. Alleinerziehende mit Kindern abgeschlossene Wohneinheiten mit Küche, Toilette, Waschbecken und Dusche abgetrennt von anderen Bewohnern, zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis BV gem. Vorlage (Variante c):

mehrheitlich angenommen
9 Ja / 7 Nein / 2 Enthaltungen

12./ Handlungsempfehlung für eine seniorengerechte Quartiersentwicklung **Vorlage: 50/012/2018**

Protokoll:

Stv. Ruppert erklärt, dass es doch darum gehe, die älteren Menschen so lange wie möglich aus den Altenheimen heraus zu halten und es ihnen zu ermöglichen weiterhin in ihren eigenen vier Wänden wohnen zu können. Der Ansatz der Verwaltung einer altersgerechten und qualifizierten Quartiersentwicklung sehe die FDP-Fraktion als noch nicht gelungen, um dieser Anforderung gerecht zu werden.

Stv. Sack erläutert, dass Quartiere durch die Menschen definiert werden, welche dort leben. Niemand könne jemandem solch eine Entwicklung aufzwingen, daher sei dies nur eine vorläufige Aufzählung der möglichen Quartiere. Das Konzept diene als Prozessvorschlag.

Beschlussvorschlag:

1. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, die vorliegende Handlungsempfehlung als Leitlinie zur Entwicklung der Seniorenarbeit/seniorengerechte Quartiersentwicklung zugrunde zu legen.
2. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, die Verwaltung zu beauftragen, auf Basis der Handlungsempfehlung Maßnahmen zur Entwicklung seniorengerechter Quartiere zu ergreifen. Hierfür sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Mittel in den Haushalt 2019 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

13./ Bebauungsplan Nr. 107 "Horst"

**hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen,
Beschluss der Flächennutzungsplanänderung,
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB**

Vorlage: 61/231/2018

Beschlussvorschlag:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 107 „Horst“ i. d. F. vom 06.02.2018 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 06.02.2018 wird zugestimmt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wird von Grundstücken an der Kölner Straße/Bahnhofstraße im Norden, der Breidenhofer Straße im Osten, der südlichen Grenze des Flurstücks 205 (Weg „Horst“) und der westlichen Grenze der Flurstücke 214 und 215 umfasst. Er beinhaltet ganz oder teilweise die Flurstücke der Gemarkung Haan, Flur 22, Nr. 2, 10, 11, 184, 185, 186, 197, 205, 212, 213, 214, 215. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

14./ Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Haan

hier: Förderrichtlinien Fassadenprogramm

Vorlage: 61/232/2018

Beschlussvorschlag:

Die Richtlinien der Stadt Haan über die Gewährung von Zuwendungen zur Neugestaltung von Fassaden in der Innenstadt Haan - Förderrichtlinien Fassadenprogramm - werden gemäß der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**15./ Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Haan
hier: Förderrichtlinien Verfügungsfonds, Geschäftsordnung Verfügungsfondsbeirat
Vorlage: 61/233/2018**

Beschlussvorschlag:

1. Die Richtlinien der Stadt Haan über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds für den Bereich der Innenstadt - Förderrichtlinien Verfügungsfonds werden gemäß der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beschlossen.
2. Die Geschäftsordnung für das Entscheidungsgremium zum Verfügungsfonds für den Bereich der Innenstadt - Geschäftsordnung Verfügungsfondsbeirat – werden gemäß der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**16./ Ausschreibung der Abfallentsorgung im Stadtgebiet
Vorlage: 60/047/2018**

Beschluss:

Die Entsorgungsleistungen werden grundsätzlich nach dem heutigen Standard/ System ausgeschrieben, folgende Änderungen werden vorgenommen:

Die Ausschreibung erfolgt in 3 Losen (Los 1: Rest- und Biomüll, Tannenbäume und Papierabfuhr, Los 2: Sperrmüllabfuhr, Los 3: Schadstoffmobil)

Die Abfuhr der Rest- und Biotonnen erfolgt am gleichen Wochentag.

Die Papiertonnen sind durch den Auftragnehmer zu stellen und gehen am Ende der Laufzeit des Vertrages in das Eigentum der Stadt Haan über.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

16 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

17./ Verkehrsentwicklungsplan Haan Stufe II – Handlungskonzept Radverkehr und Fußgängerkehr
hier: Beschluss des Handlungskonzeptes
Vorlage: 61/230/2018

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die Beratungen in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) am 21.06.2018. Dort wurde Beratungsbedarf angemeldet, weshalb keine Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss ergangen sei. Daraus resultierend weist sie auf die eine ausgeteilte Tischvorlage hin, welche einen ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung aufzeige.

neuer Beschlussvorschlag der Verwaltung :

1. *Das Handlungskonzept Radverkehr und Fußgängerkehr mit Stand vom Mai 2018 wird unter der Maßgabe beschlossen, dass der Ratsbeschluss vom 13.12.2016 (66/036/2016/01) berücksichtigt und der auf S. 78 des Handlungskonzepts unter „Maßnahmen B228“ aufgeführte Punkt 1 gestrichen wird.*

Das hierin enthaltene Maßnahmenkonzept wird entsprechend der Prioritätensetzung der Stadtverwaltung umgesetzt.

2. *Die Verwaltung wird jährlich über den Stand der Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes berichten.*

Sie merkt hierzu noch an, dass der Zusatz den Ratsbeschluss vom 13.12.2016 zu berücksichtigen, ergänzend aufgenommen wurde, um hier die eindeutige Rechtsklarheit herzustellen.

Stv. Stracke führt für die SPD-Fraktion aus, dass der neue Beschlussvorschlag zunächst in der Fraktion beraten werden müsse. Er meldet daher Beratungsbedarf an.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion hat Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung durch den Haupt- und Finanzausschuss erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**18./ Kreuzungsausbau Düsseldorfer Str./Erkrather Str./Leichlinger Str. sowie Sperrung der Durchfahrt Erkrather Str. im Zuge der Ansiedlung des Bau- marktes an der Düsseldorfer Str.
hier: Analyse der verkehrlichen Auswirkungen nach einjährigem Betrieb und Beschluss der weiteren Verfahrensweise
Vorlage: 66/056/2018**

Beschlussvorschlag:

1. Auf die Nachrüstung einer Lichtsignalanlage für die Kreuzung Düsseldorfer Str. / Erkrather Str. / Leichlinger Str. wird verzichtet.
2. Die Sperrung der Durchfahrt auf der Erkrather Straße in Höhe der Sandbachbrücke bleibt bestehen.

Abstimmungsergebnis:

1. einstimmig angenommen
2. mehrheitlich angenommen
14 Ja / 2 Nein / 2 Enthaltungen

**21./ Stiftung Städtepartnerschaft Haan-Eu
Anpassungen
Vorlage: WTK/027/2018**

Beschlussvorschlag:

1. Die Bevollmächtigung von Herrn Elmar Jünemann wird widerrufen.
2. Die treuhänderische Verwaltung des Stiftungsvermögens erfolgt neben der Bürgermeisterin / § 4 der Satzung – durch die 1. Bgo. Frau Dagmar Formella und der Leiterin des Jugendamtes Frau Elke Fischer. Die Abwicklung der Verwaltungsaufgaben wird organisatorisch dem Amt 51 – Jugendamt – zugewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

22./ Antrag der WLH-Fraktion v. 14.06.2018
hier: Breitband in Haan

Protokoll:

Stv. Giebels führt aus, dass das Gutachten zu den bisherigen Förderprogrammen gezeigt habe, dass für die Stadt Haan derzeit keine Möglichkeiten bestünden, Fördermittel zu erhalten. Jedoch seien die Förderrichtlinien derzeit bundesweit in der Diskussion. Es sei also möglich, dass es dadurch neue Fördermöglichkeiten für die Stadt Haan geben werde, weshalb der Beschluss gem. des Antrages der WLH-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht sei.

Stv. Stracke frage sich, ob es überhaupt die Aufgabe der Verwaltung sei, hier für eine entsprechende Breitbandversorgung der Haushalte zu sorgen. Vielmehr sei dies die Aufgabe der Netzbetreiber. Und selbst wenn es die Aufgabe der Verwaltung wäre, so stelle er trotzdem in Frage, ob entsprechende Kapazitäten, finanziell als auch personell, derzeit zur Verfügung stünden, um dem Antrag in entsprechendem Maße umzusetzen.

Beschluss:

Damit es zu einer Verbesserung der Breitbandversorgung in Haan kommt, wird die Verwaltung beauftragt, die unterversorgten Hausanschlüsse zu listen und konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Versorgungsverbesserung aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
2 Ja / 14 Nein / 2 Enthaltungen

23./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

24./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Lukat verweist noch einmal auf den Antrag der WLH-Fraktion vom 20.02.2018 (Haftmittel) und darauf, dass zu Beginn der heutigen Sitzung mehrheitlich beschlossen wurde, den Antrag von der Tagesordnung zu nehmen, da die WLH-Fraktion diesen in der Sondersitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (BKSA) am 20.06.2018 angeblich zurückgezogen hätte und dieser somit erledigt sei. Sie demontiert dies noch einmal und weist darauf hin, dass über den Antrag in der Sitzung des BKSA am 30.05.2018 ordentlich beraten und beschlossen wurde. Daher sei eine weitere Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 04.07.2018 notwendig.

Um ihr Argument zu untermauern zitiert sie aus den Beschlussempfehlungen des BKSA vom 30.05.2018, welcher seitens der Schulverwaltung per Mail an die Ausschussmitglieder des BKSA sowie die Fraktionsvorsitzenden gesendet wurde.

Zitat:

„**Top 10**

Sachstandsbericht zu den Projekten im Gebäudemanagement sowie Bericht zur Haftmittelnutzung

Vorlage: 65/042/2018

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich der Thematik Haftmittelnutzung wird über die nachstehenden Anträge abgestimmt:

Der Antrag der WLH-Fraktion:

„Der BKSA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan das Haftmittelverbot für die Turnhalle Adlerstraße aufzuheben, damit hier die Verwaltung selbstständig mit den Handballausübenden Vereinen die Zeiten für eine Nutzung mit Haftmitteln und einem Reinigungsplan abstimmt, so dass der Schulsport dadurch nicht beeinträchtigt wird.“

wird mit 3:14 Stimmen abgelehnt.“

StVD Rennert teilt seitens der Verwaltung mit, dass die Verwaltung am Donnerstag, den 21.06.2018 weitere Parkraumkontrollen am Windhövel vorgenommen habe. Dabei seien abermals Parkverstöße festgestellt worden. Entgegen der vorherigen Annahme es handele sich dabei hauptsächlich um Besucher des dortigen Fitnessstudios, wurde festgestellt, dass die meisten Falschparker Besucher der dortigen Gastronomiebetriebe seien.